



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer halben Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem Vernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 534. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 14. November 1876.

Deutschland.

Berlin, 13. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major Freiherrn von Willisen, beauftragt mit der Führung der 28. Division, den Stern zum Nothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, dem General-Major z. D. von Legat, bisher Commandeur der 44. Infanterie-Brigade, und dem Militär-Intendanten des III. Armee-Corps, Wirklichen Geheimen Kriegsrath Engelhard, den Nothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Oberst-Lieutenant z. D. von Franzen, bisher Bezirks-Commandeur des 1. Bataillons (Alfersleben) 2. Magdeburgischen Landwehr-Regiments Nr. 27, den Königlich-Kronen-Orden dritter Klasse, dem Schullehrer Hartmann zu Inzigkofen im Ober-Amt Sigmaringen und dem Revierförster Wenibier zu Beverungen im Kreise Hörter den Königlich-Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Bürgermeister Frische zu Guben, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Charlottenburg getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt Charlottenburg; sowie in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Siegen getroffenen Wahl den bisherigen befohlenen Stadtrath Lamprecht daselbst als Bürgermeister der Stadt Siegen auf die gebliebene Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Der Cultus der königl. Bibliothek in Berlin, Dr. phil. August Johannes Dörner ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. — Dem Gymnasial-Oberlehrer Heinrich Böhlmann in Aist, sowie dem dritten Hauptlehrer an dem königl. Prediger-Seminar zu Wittenberg, Lic. theol., Dr. phil. August Johannes Dörner ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Bannowski zu Cösl ist in gleicher Eigenschaft an das Stadt- und Kreisgericht und das Commercial- und Admirals-Collegium zu Danzig mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden.

Berlin, 13. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfangen gestern Mittag, den Besuch Ihrer kaiserl. Hoheit der Großfürstin Katharina von Rußland und erwiderten denselben Nachmittags 2 Uhr. Außerdem hatte der Geheime Commerzien-Rath Krupp die Ehre des Empfanges.

Heute Vormittag nahmen Se. Majestät den Besuch Sr. kais. und königl. Hoheit des Kronprinzen entgegen und hörten den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmsdorf. (Reichsanz.)

Berlin, 13. Nov. [Die Rede des russischen Kaisers. — Der Marzipinger Schwindel. — Angriffe gegen den Reichskanzler.] Die Presse ist durch die zu Moskau gehaltene Rede des Kaisers Alexander in große Aufregung versetzt worden und will darin eine Manifestation erblicken, durch welche der Kaiser mit Entschiedenheit aus den Bahnen seiner bisher innegehaltenen Friedenspolitik heraustritt. Ein hiesiges Blatt nimmt sogar Veranlassung, sich in den heftigsten Angriffen gegen die vermeintlichen Ausschreitungen der russischen Politik zu ergehen und nicht bloß Deutschland, sondern ganz Europa gegen dieselbe in die Schranken zu rufen. Man wird jedoch vor Allem darauf Gewicht legen müssen, daß viele Blätter den Inhalt und die Tragweite der Aeußerungen des Kaisers nur nach dem ersten telegraphischen Auszuge beurtheilen, der von dem später bekannt gewordenen Wortlaut wesentlich verschieden ist. Von der unbedingten Kriegslust Rußlands zu sprechen, ist wohl gegenwärtig nicht angebracht, wo die Mächte mit Einschluß Rußlands sich anschicken, auf den Vorschlag Englands, erneute Versuche zu machen, zu einer Verständigung über die Ausgleichung der orientalischen Wirren zu gelangen, und wo auch Kaiser Alexander selbst so ernstlich den Wunsch ausspricht, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen mögen. — Die „Germania“ reproduciert einen Artikel eines Trierer Blattes, worin behauptet wird, daß trotz aller Anstrengungen der Polizei in Marzipingen kein Betrug ans Tageslicht gebracht sei. Der Bericht-erstatler der ultramontanen Presse, auf dessen Glaubwürdigkeit hin auch die „Germania“ den Artikel bringt, weiß gewiß ganz so gut, wie man es in Berlin weiß, daß die bisherigen Untersuchungen über die Marzipinger Vorgänge, weit entfernt, erfolglos zu sein, vielmehr die Fäden des ganzen Schwindels — denn als solchen muß man die Angelegenheit bezeichnen — ziemlich vollständig aufgedeckt haben. Die nächsten Tage dürfen schon dem größeren Publikum in dieser Beziehung einige Aufklärung bringen. — Die „Reichsglocke“ hat bekanntlich in ihren jüngsten Nummern eine Reihe von heftigen Angriffen gegen den Reichskanzler gebracht. Wie man erfährt, ist nun das Blatt wegen verleumdender Beleidigung zur Verantwortung gezogen. In den letzten Nummern ist übrigens die „Reichsglocke“ mit ihren vermeintlich tatsächlichen Angaben zurückhaltender gewesen und bezieht sich jetzt lediglich auf Aeußerungen des Herrn v. Diefenbach, den sie auf jede Weise zum Hervortreten zu provociren sucht.

Berlin, 13. Novbr. [Die Justizgesetze. — Der Stat für Elsaß-Lothringen. — Der Handelsvertrag mit Oesterreich. — Verbesserte Waaren-Statistik. — Von der Armee.] Die Reichstags-Justizcommission hat heute im Wesentlichen ihre Arbeiten beendet. Von den erwähnten, neu hinzugekommenen Anträgen aus der Mitte der Commission sind alle jene angenommen worden, welche den directen Zweck hatten, eine Vermittelung gegenüber den Bundesrathsmitgliedern herbeizuführen. Es wird denn auch eine neue Zusammenstellung der jetzt vereinbarten Beschlüsse als Resultat der neuesten Commissionarbeiten erscheinen und über dieselben mündlich berichtet werden. Eine Theilnahme des Reichskanzlers an den Plenararbeiten über die Justizgesetze wird in der Commission mit Bestimmtheit erwartet; da indessen über den Zeitpunkt der Rückkehr des Fürsten Bismarck noch keine Festsetzung getroffen ist, so läßt sich auch jetzt noch nicht bestimmen, ob der Fürst bei der zweiten oder bei der dritten Lesung der Justizgesetze sich über seine Stellung zu denselben auszusprechen Gelegenheit finden wird. Am Mittwoch werden die Fractionen sich mit den Justiz-Gesetzen zu beschäftigen beginnen. — Der Stat für Elsaß-Lothringen kann in der nächsten Plenarsitzung des Reichstages sehr schnell erledigt werden, wenn die Mitglieder aus den Reichslanden die Gelegenheit nicht zu langen Auseinandersetzungen benutzen wollten. Man ist bereits unter den Abgeordneten darüber einverstanden, den Stat trotz des Umstandes, daß derselbe genau dem vorjährigen entspricht, an eine Commission zu verweisen und in dieselbe diejenigen Abgeordneten hinein zu wählen, welche im vorigen Jahre damit beschäftigt waren; unter solchen Umständen hält man es für möglich, mit dem Stat in einer zweiten Plenarsitzung fertig zu werden. — Die Angaben wegen Entsendung von Commissarien aus verschiedenen Bundesstaaten nach Wien, um dort die Verhandlungen wegen Erneuerung des Handelsvertrages mit Oesterreich zu führen, begegnen vielfachen Zweifeln. Die Angelegenheit soll, wie man hier wissen will, einerseits noch gar nicht so weit gefördert sein, andererseits ist doch anzunehmen, daß die Verhandlungen ledig-

lich durch die Centralstelle, also von hier aus geführt werden möchten. Als richtig wird auch bezeichnet, daß die Bundesstaaten aufgefordert worden sind, ihre auf den Handelsvertrag bezüglichen Wünsche und Anträge baldmöglichst hierher zu melden. — Wir haben wiederholt mitgetheilt, daß die Reichsregierung eifrig bemüht ist, ein verbessertes System zur Einrichtung einer deutschen Waaren-Statistik herbeizuführen und daß die Einzelstaaten zur Mitwirkung daran aufgefordert worden sind. Wie man hört, hat diese Aufforderung überall bereitwilliges Entgegenkommen gefunden und berechtigt der Fortgang der Vorarbeiten zu der Hoffnung, auf eine baldige Erreichung des allseitig angestrebten Zieles. — Seit dem Jahre 1866 wird bekanntlich alljährlich in den letzten Monaten des Jahres für das nächste Jahr der Plan zur Mobilmachung der Armee aufgestellt und die ganze Reihe der erforderlichen Ausführungsbestimmungen geregelt. Seit dem Jahrzehnt des Bestehens dieser Einrichtung ist der Mobilmachungsplan wiederholtlich abgeändert worden. Auch in diesem Jahre haben die bezüglichen Arbeiten und zwar in den letzten Tagen ihren Anfang genommen. Eine Abänderung des vorjährigen Planes ist dem Vernehmen nach nicht erfolgt.

[Die englische Post] aus London, Abends den 11. November, ist ausgeblieben. Grund: Schiff in Ostende nicht eingetroffen.

[Die diesjährigen Jagden in der Colbitz-Verlängerung] sind am Freitag und Sonnabend, den 10. und 11., und zwar in Vertretung Sr. Majestät des Kaisers und Königs durch des Kronprinzen kaiserliche und königliche Hoheit abgehalten worden. Unter den Gästen befanden sich Ihre königlichen Hoheiten die Prinzen Carl und Friedrich Carl, der Großherzog von der Erbgröfherzog von Mecklenburg-Schwerin und der Prinz August von Würtemberg, sowie Ihre Hoheiten die Herzöge Wilhelm und Paul von Mecklenburg, die Fürsten Ratusch und Radziwill u. A.

Am Freitag Morgen um 8 Uhr 30 Minuten erfolgte der Aufbruch und traf die Jagdgesellschaft nach anderthalbstündiger Fahrt auf der die Saide durchziehenden Königsstraße, von der gesammelten Jagerei mit den Klängen des Jägertruhes empfangen, auf dem Menzobens, am Eingange zur Lappstatt in den Ostersteigen der Oberförsterei Colbitz und Planten ein.

Das erste Jagen, ein Lappstreichen auf Roth- und Damwid, lieferte nach anderthalbstündiger Dauer eine Strecke von 5 Rothhirschen, 17 Stück Rothwild, 37 Schaafern und 58 Stück Damwid. Ihm folgte das Dejeuner im Walde und eine Stunde mit der hannoverschen Fimdermeute auf Saunen im Schafersgründe der Oberförsterei Planten.

Die Strecke dieser Saude, bei hell lodern dem Feuer hergerichtet, ergab 58 grobe Saunen und 50 Ueberläufer.

Nach der Rückkehr ward um 7 Uhr das Diner im Jagdschloffe eingenommen und blieb die Jagdgesellschaft bis gegen 11 Uhr zusammen.

Am Sonnabend erfolgte der Aufbruch erst um 9 Uhr Vormittags, da nur ein einzelnes Jagen und zwar in den Siebenbürgen der Oberförsterei Leplingen stattfand. Bald nach 10 Uhr an- und um 11½ Uhr abgegangen, lieferte dasselbe 2 Rothhirsche, 6 Stück Rothwild, 45 Schaafer, 85 Stück Damwid, 151 grobe Saunen und 29 Ueberläufer. Ein Dejeuner dinatoire im Jagdschloffe machte den Schluß der diesjährigen Jagden, deren Gesamtstrecke sich nach Obigem in 3 Jagen, ohne Nachjude, auf 7 Rothhirsche und 23 Stück Rothwild, 82 Schaafer und 143 Stück Damwid, 73 grobe Saunen und 79 Ueberläufer, in Summa auf 407 Stück Hochwild beläuft.

[Ueber die Ermordung des kaiserlichen Vice-Consuls von Graevenitz] in Paysandú (Uruguay) sind seiner Zeit nähere Mittheilungen gebracht worden. Namentlich ist auch erwähnt, daß der Mörder Diego Benitez standrechtlich erschossen ist. Jetzt wird aus Buenos Aires weiter mitgetheilt, daß der Gouverneur der Republik Uruguay, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, angeordnet hat, daß Legation auf dem Kirchhofe von Paysandú auf Staatskosten ein Denkmal errichtet werde, für dessen Erhaltung die Behörden Sorge tragen sollen. (Reichsanz.)

[Die Eisenbahn-Unfälle.] Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung über die auf den Eisenbahnen Deutschlands excl. Vatersn's vorgekommenen Unfälle waren im Monat September d. J. im Ganzen zu verzeichnen: 25 Entgleisungen und 20 Zusammenstöße fahrender Züge, und zwar wurden hiervon 11 Züge mit Personenbeförderung — von je 11,579 Zügen dieser Gattung einer — 34 Güterzüge resp. leersahrende Maschinen betroffen; ferner 41 Entgleisungen und 21 Zusammenstöße beim Rangiren und 67 sonstige Betriebsereignisse (Ueberfahren von Fuhrwerken auf Geleise, Ueberfahren, Defecte an Maschinen und Wagen u.).

In Folge dieser Unfälle wurden: 3 Personen getödtet (1 Passagier und 2 Beamte), 27 Personen verletzt (6 Passagiere, 18 Beamte und 3 fremde Personen); 61 Thiere getödtet, 3 Thiere verletzt und 72 Fahrzeuge erheblich und 190 un erheblich beschädigt.

Außer den vorstehend aufgeführten Verunglückungen von Personen kamen; größtentheils durch eigene Unvorsichtigkeit hervorgerufen, noch vor: 43 Tödtungen (1 Passagier, 22 Bahnbedienstete und 20 fremde Personen), 98 Verletzungen (3 Passagiere, 19 Bahnbedienstete und 16 fremde Personen), sowie 7 Tödtungen und 1 Verletzung bei beschädigten Selbstmord.

Von den überhaupt beförderten Reisenden wurden von je 8,353,699 Einer getödtet und von 1,856,377 Einer verletzt; von den im Betriebsdienst thätig gewesenen Beamten wurde von je 9638 Einer getödtet und von je 2238 Einer verletzt.

Ein Vergleich mit demselben Monat im Vorjahre ergibt — unter Berücksichtigung der in beiden Zeitabschnitten geförderten Achskilometer und der im Betriebe gewesenen Geleislängen —, daß im Durchschnitt im September d. J. bei 15 Verwaltungen weniger, bei 19 Verwaltungen mehr und in Summa circa 5 pCt. mehr Unfälle vorgekommen sind, als im September v. J.

[Marine.] S. M. S. „Nymphen“ hat am 5. September c. St. Vincent verlassen, anferle am 4. October c. im Hafen von Santos und beabsichtigte am 16. dess. Mts. wieder in See zu gehen. S. M. S. „Hertha“ ist, zufolge eines Privat Schreibens aus Hamburg, in einem Telegramm aus Auckland vom 5. d. Mts. als am 7. October c. in Apia befindlich, bezeichnet. Briefsendungen für S. M. S. „Kronprinz“ und S. M. S. „Vomero“ sind von jetzt ab bis auf Weiteres nach Salomoni zu dirigiren.

Posen, 12. Nov. [Ein päpstlicher Segen mit Hindernissen.] Vor einigen Tagen feierte ein katholischer Kreisrichter unserer Provinz seine Hochzeit und begab sich nach der Hochzeitsfeier, die in einem benachbarten Kreise auf einem Rittergute stattgefunden, nach seinem Wohnorte zurück. Dort wurde ihm die angenehme Nachricht zu Theil, daß aus Rom ein Schreiben für ihn eingetroffen sei, und zwar überraschte ihn mit dieser Nachricht — der Staatsanwalt. Die Sache hing nämlich folgendermaßen zusammen: Bekanntlich waren auf Requisition der Oberstaatsanwaltschaft die Postämter in der Provinz Posen von den Oberpostdirectionen angewiesen worden, auf Briefe, die aus Rom mit der nach einem Facsimile zu erkennenden Handschrift des Grafen Ledochowski ankamen, zu achten und dieselben an die zuständigen Staatsanwaltschaften abzuliefern. Während nun der Kreisrichter zur Hochzeitsfeier verreist war, traf auf dem Postamate seines Ortes ein Schreiben ein, welches der aufmerksame Postbeamte sofort anhielt und der Staatsanwaltschaft übergab, da die Adresse offenbar vom Grafen Ledochowski geschrieben war. Der Kreisrichter wurde nun vom Staatsanwalt freundlichst ersucht, den Brief aus Rom in seiner Gegenwart zu öffnen, und ergab sich aus demselben, daß der Papst dem Kreisrichter zu dessen Hochzeit seinen Segen sandte, und daß Graf Ledochowski die Adresse zu dem Briefe geschrieben hatte. Nachdem auf diese Weise der päpstliche Segen durch die

Hände des Staatsanwalts richtig an seine Adresse gelangt war, wurde der verdächtige Brief natürlich sofort dem Kreisrichter ausgehändigt. (Pos. Z.)

Schweiz.

Bern, 9. Novbr. [Zu den Tessiner Wirren] schreibt man der „R. Z.“: In einer außerordentlichen Sitzung hat der Bundesrath den Beschluß gefaßt, das Decret des Staatsraths von Tessin, betreffend die Bornahme der Neuwahl des Tessiner Großen Rathes, aufzuheben und den Staatsrath mit der Ausführung des Tessiner Großen Rathesdecrets vom 6. Mai 1876 zu beauftragen, nach welchem der Große Rath im Verhältniß der Bevölkerung in geheimer und gemeindeweiser Abstimmung auf Grundlage von je 1000 Seelen gewählt werden soll; ferner den Staatsrath aufzufordern, die Volksabstimmung über dieses Großen Rathesdecret innerhalb einer angemessenen Frist vornehmen zu lassen, wobei der Bundesrath sich jedoch noch weitere Anordnungen je nach dem Gang der Verhandlungen vorbehalten hat. Bekanntlich geht der Bundesrath von dem Grundsatz aus, daß den Bundesbehörden erst nach vollzogener Volksabstimmung ein Urtheil über die Verfassungsmäßigkeit des Großen Rathes-Decrets vom 6. Mai zusteht; ein solches aber überhaupt zu erlassen, habe in der Competenz des Großen Rathes gelegen.

Frankreich.

Paris, 11. Novbr. [In Betreff der Abnahme der Bevölkerung in Frankreich.] Herr Léonce de Lavergne, der schon neulich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die beunruhigende Abnahme der Bevölkerung in Frankreich gelenkt hat, ließ sich am letzten Sonnabend in der Akademie über denselben Gegenstand vernehmen.

Die Hauptursache der erwähnten Erscheinung sucht er in den zahlreichen Kriegen, welche Frankreich seit Beginn des Jahrhunderts geführt hat. Das erste Kaiserreich allein hätte zwei Millionen Menschen gelöstet. Der Friede, welcher dann mit der Restauration wiederkehrte, sei auch nur immer ein gebrechlicher und nicht sehr fruchtbarer gewesen, dann sei die Juliregierung mit ihren unablässigen Feldzügen in Afrika gefolgt und endlich das zweite Kaiserreich, dessen Kriegsgeschichte keines Commentars bedürfe. Selbst in Friedenszeiten halte das herrschende Heeressystem die Mäthe der männlichen Bevölkerung während der fruchtbarsten Periode ihres Lebens und länger als anderwärts unter den Fahnen zurück. Auch die immer wachsende Last der Steuern sei der langsame Zunahme der Bevölkerungsziffer nicht fremd. Materielles Wohlergehen sei für den Staat nicht der letzte Zweck, sondern habe nur einen Werth, wenn es auch mit moralischem Fortschritte gepaart ist. Man hat namentlich in der Normandie eine stete Entvölkerung constatirt. Herr von Lavergne will dies auf der widernatürlichen Ausdehnung erklären, welche das Weideland in dieser Gegend genommen hätte; das Vieh hätte dort so zu sagen die Menschen verdrängt und ein kleiner Schäfer mit seiner Herde fülle schließlich den Raum, welchen sonst mehrere Bauernfamilien einnahmen. Frankreich sei jetzt nächst Spanien das am dünnsten bevölkerte Land Europas. Um dieser bedrohlichen Thatsache ein Ziel zu setzen, müsse man nicht bloß die Abnahme der Geburten, sondern auch die Zunahme der Sterbefälle, besonders von kleinen Kindern, im Auge haben. Das Problem stelle sich so, daß die Geburten mindestens um 10 Procent zu- und die Sterbefälle um ebensoviele, also um 85,000 Seelen jährlich abnehmen müßten. Krieg, Armuth und Laster seien die Hauptursachen der Entvölkerung. Als beste Mittel zur Bekämpfung des Uebels empfiehlt Herr von Lavergne: Frieden, ein milderes Militärgesetz, Herabsetzung der drückendsten Steuern, Förderung des Landbaues, Verbesserungen in der öffentlichen Gesundheitspflege und, um die zahlreichen Sterbefälle in der jüngsten Jugend zu verhüten, eine Reform in der Behandlung der auf die öffentliche Mitleidigkeit angewiesenen Säuglinge.

[Die französischen Colonien] sind dem großen Publikum in Frankreich so wenig bekannt, daß der „Temps“ die Gelegenheit benutzte, um eine Aufstellung der dreizehn überseeischen Besitzungen zu geben, welche im Ganzen 130,000 Quadrat-Kilometer zählen, also größer als der vierte Theil von Frankreich sind, und mehr als drittehalb Millionen Einwohner haben.

Die größte dieser Colonien ist Guyana, mit 72,000 Quadrat-Kilometer, aber mit nur 24,170 Einwohnern; Cochinchina hat 30,000 Quadrat-Kilometer mit 1½ Millionen Einwohnern; Neu-Caledonien 14,850 Quadrat-Kilometer mit 60,000 Einwohnern. Jede dieser dreizehn Colonien hat ein Localbudget, das dem Budget jedes Departements entspricht, aber nicht wie diese dem allgemeinen Budget angehängt ist. Die Subvention, die der Staatsschatz diesem Localbudget ertheilt, beträgt für 1877 nur 691,950 Frs., welche auf Guyana, Saint Pierre und Miquelon, Sainte Marie, Mayotte, Tahiti und Neu-Caledonien vertheilt sind, also auf die kleinsten oder jüngsten Colonien. Die übrigen bringen dem Staatsschatz etwas ein, so Französisch-Ostindien mit 489 Quadrat-Kilometer und 268,000 Einwohnern 105,665 Frs. Frankreichs Colonialbudget für Verwaltung, Geistlichkeit, Strafrecht, Hafen u. s. w. beträgt in diesem Jahre runde 17½ Millionen, wobei die 9,890,907 Frs. nicht mitgerechnet sind, welche die Ausgaben für die Strafanstalten in Anspruch nehmen.

[Ein Tagesbefehl des Generals Gallifey] lautet wörtlich: Der General-Inspector schreibt den Offizieren vor, sich in der Oeffentlichkeit bei Cerimonien, welche die innere Politik und Regierungsform betreffen, sehr zurückhaltend zu zeigen. Es wird nicht anstehen, jedes Auftreten sehr ernstlich zu bestrafen, welches glauben lassen könnte, daß die Offiziere der Armee nicht einstimig sind, wenn es sich darum handelt, die bestehende Regierung zu achten und derselben Achtung zu verschaffen. Mögen Manche anders denken, die in bürgerlichen Bahnen eine Stellung suchen, welche ihnen die Unabhängigkeit der Sprache und des Auftretens gestattet, auf die Sie Verzicht leisten mußten, als Sie um die Ehre einkamen, in den Offiziersstand einzutreten und dessen Pflichten zu übernehmen.

Dijon, 8. September 1876.

Der commandirende General der 15. Infanterie-Division: General-Inspector de Gallifey.

Großbritannien.

A. A. C. London, 11. Novbr. [Depeschen Lord Derby's.] Ein Supplement der „London Gazette“ vom 10. d. enthält eine vom 30. v. M. datirte lange Depesche des Grafen von Derby an Lord Loftus, den britischen Botschafter in St. Petersburg, welche in höchst ausführlicher Weise die mannigfachen Anstrengungen recapitulirt, welche die britische Regierung für die Erhaltung des Friedens im östlichen Europa machte. Wir begnügen uns vorläufig mit der Wiedergabe folgender Abschnitte:

„Am 26. September theilte mir (dem Earl von Derby) Graf Schuwaloff Vorschläge von der russischen Regierung mit, dahin gehend, daß, im Falle die Friedensunterhandlungen von der Pforte abgelehnt würden, Bosnien von einer österreichischen und Bulgarien von einer russischen Streitmacht occupirt werden sollten, während die vereinigten Flotten der Mächte in den Bosporus einlaufen sollten. Die russische Regierung erklärte sich indes bereit, den Occupationsvorschlag fallen zu lassen, wenn die Flottendemonstration von Ihrer Majestät Regierung als hinreichend erachtet werde. General Sumaroff traf in Wien zu gleicher Zeit mit einem ähnlichen Vorschlage ein. Am 3. October wurde im Laufe einer Unterhaltung mit Graf Schuwaloff ein Vorschlag gemacht, daß im Falle einer ungünstigen Antwort der Pforte auf die ihr damals vorliegenden Vorschläge die Mächte auf ihre ursprüngliche Forderung um einen Waffenstillstand zurückfallen sollten. Ich hatte keine Schwierigkeit, diesen Vorschlag meinen Collegen zu unterbreiten, und benachrichtigte Graf Schuwaloff, daß Ihrer Majestät Regierung beschloffen hätte, dem Vorschlage wegen eines Waffenstillstandes

von nicht längerer Dauer als einem Monat als der nächst zu thunende Schritt, im Falle die Türkei die vorgeschlagenen Bedingungen für eine Friedensbasis ablehnen sollte, ihre Unterstützung zu gewähren. Sie sei, sagte ich, andererseits außer Stande gewesen, den vorher von Fürst Gortschakoff empfohlenen Maßregeln einer Occupation und der Einfahrt der bereitwilligen Flotten in den Bosporus beizupflichten. Sir Henry Elliot wurde demgemäß am 5. instruiert, für den Fall, daß die von den Mächten proponirten Friedensbedingungen abgelehnt werden sollten, in die Worte als eine Alternative zu dringen, einen Waffenstillstand von nicht längerer Zeit als einem Monat zu gewähren und zu erklären, daß nach dem Ablauf eines Waffenstillstandes es im Plan sei, eine Konferenz unverzüglich folgen zu lassen. Er sollte ferner erklären, daß er im Falle einer Verweigerung des Waffenstillstandes instruiert sei, Konstantinopel zu verlassen, da es dann augenscheinlich sein würde, daß alle weiteren Anstrengungen Ihrer Majestät Regierung, die Pforte vom Verderben zu retten, nutzlos geworden sein würden. Ihrer Majestät Regierung benachrichtigte zu gleicher Zeit die Regierungen der anderen Mächte, von diesem Waffenstillstandsvorschlage und der Meinung Ihrer Majestät Regierung, daß dem Waffenstillstande eine Konferenz folgen sollte.

Der nachstehende Abschnitt illustriert die Beziehungen zwischen England und Rußland, wie dieselben erst ganz kürzlich existirten. „Am 12. October“ — schreibt Lord Derby — „übermittelte die türkische Regierung den Repräsentanten der Vermittelungsmächte in Konstantinopel eine Note, in welcher sie erklärte, daß sie die Act nehmend von dem Vorschlage der Mächte für die Wiederherstellung des Friedens mit Serbien und Montenegro auf der Basis des Status quo ante, und während sie sich bereit erkläre, sich der Entscheidung der Mächte bezüglich der Bedingungen, die sie selber vorgeschlagen hätten, zu fügen, sie bereit wäre, in den Abbruch eines regulären Waffenstillstandes zu willigen. Sie war indeß der Ansicht, daß letzterer sich auf sechs Monate — vom 1. October bis zum 3. März — ausdehnen sollte. . . . Sofort nach Eingang der Depesche von Sir H. Elliot über die Absicht der Pforte, einen sechsmonatlichen Waffenstillstand zu gewähren, machte ich Graf Schadowitz und Graf Buns darauf aufmerksam, wie wichtig es sei, daß ihre Regierungen Berlin zur Annahme des Waffenstillstandes veranlassen. Auch urgirte ich das durch Ihrer Majestät Botschafter in Paris, Berlin, St. Petersburg und Rom, und sandte Instruktionen desselben Sinnes nach Belgrad und Montenegro. Graf Schadowitz zweifelte, daß der Waffenstillstand in Libada angenommen werden würde. Ich hielt es für recht, Sr. Excellenz zu warnen, daß, so stark auch das Gefühl des nationalen Unwillens gegen türkische Grausamkeit sein mochte, es durch eine sehr verschiedene Stimmung ersetzt werden würde, wenn die englische Nation erst zu glauben anfänge, daß Konstantinopel bedroht sei. Ich sagte, daß, mit Recht oder Unrecht, der Schluß, zu dem hier Jedermann kommen würde, müßte sein, daß die Ablehnung des türkischen Vorschlages Seitens Rußlands die feste Absicht der letzteren Macht kundgab, zu einem Kriege zu schreiben, und ich beschwor ihn, seine Anstrengungen zu schieben, um seiner Regierung das Licht, in welchem dieser Entschluß von dem englischen Volke betrachtet werden würde, verständlich zu machen.

Die Depesche schließt, wie folgt: „Ihre Majestät Regierung hat empfunden, daß die Fortdauer des gegenwärtigen Krieges, der ungedacht der öffentlichen Demonstrationen Rußlands und der anderen Mächte begonnen wurde, um so beklagenswerther ist, weil er unnötig ist, da durch denselben keine offenbaren Zwecke zu erreichen sind, die nicht besser und sicherer durch eine friedliche Discussion erreicht werden könnten. . . . Ihrer Majestät Regierung hat Alles Das gethan, was in ihrer Macht stand, um die Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens, wegen dessen Serbien und Montenegro deren gute Dienste nachsuchen. Sie glaubte, daß dies durch einen längeren Waffenstillstand erreicht werden würde und unterstützte demgemäß diesen Vorschlag in der Ueberzeugung, daß ein Waffenstillstand Frieden bedeute, noch konnte sie den Zeitraum als unvernünftig erachten, insofern die Diskussionen, welche im Jahre 1861 mit Bezug auf die Constitution des Libanon stattfanden, vom 22. Januar bis 9. Juni in Anspruch nahmen. Sie behaupte, daß andere Rathschläge die Oberhand behielten und daß die Ungewißheit der Situation somit fortgesetzt worden, sammt dem commerciellen und landwirthschaftlichen Nothstand, der daraus in Serbien und Montenegro und den angrenzenden Districten entstehen muß. Sie ist außer Stande zu sehen, wie die beständig drohende Möglichkeit eines Krieges anders als ruinierend für alle bestehenden Länder sein kann, und sie würde mit Befriedigung irgend einen Vorschlag begrüßen, der einem solchen Stande der Dinge ein Ende setzen dürfte. Sie kann indeß nicht der Ansicht sein, daß es ihre Sache ist, irgend welche neue Vorschläge zu machen und während sie höchst befohrt ist mit den anderen Mächten in irgend welchen Vorschlägen, über welche sich die Mächte einigen dürften, zu cooperiren, muß sie davon zurückstehen, sich für irgend etwas verbindlich zu machen, was künftighin ihre Freiheit des Handelns, im Falle die Rechte und Interessen dieses Landes afficirt werden sollten, einschränken dürfte. Sr. Excellenz wollen diese Depesche dem Fürsten Gortschakoff vorlesen und Sr. Excellenz eine Abschrift davon geben und zu gleicher Zeit erklären, daß Ihrer Majestät Regierung sich der Versicherung hingibt, er werde in derselben einen überzeugenden Beweis von dem aufrichtigen Wunsche finden, den sie bekundet hat, um im Einvernehmen mit der russischen Regierung zu handeln und in jeder Hinsicht die zwischen Großbritannien und Rußland bestehenden Beziehungen ansehnlich zu erhalten.

Osmanisches Reich.

Belgrad, 12. Nov. [Zu Ehren Tschernajeff's] fand gestern Abend im Hotel „Zum König von Serbien“ ein großes Bankett statt, welchem sämtliche Minister mit Ausnahme des Kriegsministers, der sich durch Krankheit entschuldigen ließ, und das gesammte russisch-serbische Offiziercorps beiwohnten. Officielle Toaste wurden von Minister Nikits auf den Kaiser von Rußland, von Tschernajeff auf den „König von Serbien“, von Duroff auf den „Fürsten von Montenegro“ ausgebracht. Hierauf legte Nikits in längerer Rede den Grund dar, welcher Serbien zum Kriege genöthigt. Er sagte unter Anderem: „Serbien griff im Interesse der unterdrückten slavisch-orthodoxen Völker zu den Waffen, um für dieselben ein menschliches Dasein zu erkämpfen. Auch Serbien wurde durch die Pforte bedroht, welche unser Land wie mit einem eisernen Gürtel umschloß hielt. Allerdings hat der Kampf nicht siegreich geendet, aber Serbien und das verbündete Montenegro, welche zusammen kaum so viele Einwohner besitzen, wie die Türkei Truppen aufstellen kann, widerstanden vier Monate lang der osmanischen Uebermacht und mit Blut wurde das bestandene Band zwischen Nord- und Südslaven fester geknüpft. Besonders Rußland verdient unseren innigsten Dank, daß Rußland, welches schon im ersten serbischen Freiheitskampfe 1812, als wir die Majahketten brachen, uns zu Hilfe eilte und dessen Söhne auch jetzt ihr Blut auf den Schlachtfeldern mit dem serbischen vermischten. Aber Serbien errang noch einen weiteren Vortheil durch den Krieg: es erwarb sich nicht nur die Sympathien aller slavischen Brüder, sondern auch diejenigen aller human denkenden Völker Europas.“

Der Minister, welcher bisher serbisch gesprochen, wendet sich in französischer Sprache speciell an Tschernajeff, ihm den Dank des serbischen Volkes und der Regierung ausdrückend. Dem in Rußland als Sieger von Tashkend wohlbekannten Namen Tschernajeff's sei es zuzuschreiben, daß so viele Offiziere, auch Freiwillige, selbst aus den edelsten Familien, Serbien zu Hilfe geeilt seien.

Tschernajeff antwortete auf die Rede des Ministers und erwähnte, daß es nicht möglich gewesen, bessere Erfolge zu erzielen, denn Serbien habe seine gesammte Macht von Anfang an auf dem Kampfe gehabt, während die Türkei fortwährend frische Truppen aus Asien und Afrika Serbien gegenüber stellen konnte. Serbien sei aber noch lange nicht besiegt, könne auch nie besiegt werden, weil der Geist, welcher das serbische Volk auf die Schlachtfelder trieb, so lange lebendig bleibe, bis die Befreiung der unterdrückten Christen des Orients vollzogen sei.

Cultusminister Wafiljewitsch spricht in warmen Worten den slavischen und sonstigen fremden Hilfs-Comitès den Dank des serbischen Volkes für die geleistete Unterstützung und für die sanitäre Hilfe aus, ganz besonders auch der Gesellschaft des rothen Kreuzes. Unter wegsfahenden Reden und Toasten, welche besonders die Zusammengehörigkeit der Slaven als Kinder eines Stammes feierten, endete das Fest gegen Mitternacht.

[Eine neue Mezelei in Bulgarien.] In Tatar-Bazardschik und Umgebung ist es abermals zu Schreckens-Szenen gekommen. In dem genannten Orte entführten vier Moslems ein Christenmädchen, nachdem sie ihm in Gegenwart seiner Mutter Gewalt angethan hatten. Das Mädchen wurde am nächsten Morgen todt gefunden. Auf energische Reclamation des Herrn Salvert wurden die Bösewichter verhaftet. Herr Salvert hat an Sir Henry Elliot relationirt und abermals seine Ansicht ausgesprochen, daß in Bulgarien die Ordnung nicht hergestellt werden könne, so lange die muslimännische Bevölkerung nicht entwaffnet sei. Die türkische Regierung thut gar nichts für die verwüstete Provinz. Ali Bey, einer der Hauptbrandstifter in der Gegend von Philippopol, ist mit der Oberleitung des Wiederaufbaues der durch ihn verbrannten Dörfer betraut worden. Nachdem das Geld hierzu durch einige Wochen in seiner Hand, aber noch nicht mit dem Bau begonnen wurde, reclamirte Herr Baring, und bei der eingeleiteten Untersuchung zeigte sich, daß Ali Bey das ganze Geld gestohlen hatte. Trotzdem ist er in seinem Amt belassen worden.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 14. Nov. Angekommen: S. Durchl. Prinz Kraft zu Hohenlohe-Jungenheim, Generalleut. und General-Adjutant Sr. Majestät des Kaisers, aus Reisse.

[Personalien.] Befördert: Der Kreisgerichts-Rath Franz zu Löwenberg zum Rath bei dem Appellationsgerichte in Stettin; der Gerichts-Major Dieze zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Bromberg mit der Function als Gerichts-Commissar in Crona; der Gerichts-Major Wiener zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Löwenberg mit der Function als Gerichts-Commissar in Lahn; die Rechts-Candidaten von Chappuis zu Lüben, Neumann zu Grünberg, Schöber zu Freistadt und Grittner zu Lüben zu Referendarien; der Bureau-Assistent Donth zu Liegnitz zum Kreis-Gerichts-Secretär; der invalide Sergeant Rugner zu Lauban zum Bureaugehilfen bei dem Kreisgerichte in Sagan; der Hilfsunterbeamte Fiesch zu Grünberg definitiv zum Voten und Executor; der invalide Füsiliere Grundmann zu Lüben zum Hilfsunterbeamten bei der Gerichts-Commission in Politz. — Verlegt: Der Kreisgerichts-Rath Wiesner zu Spandau an das Kreisgericht zu Götting; der Referendar Slawut aus dem Departement des Appellations-Gerichts zu Colmar an die Gerichts-Commission zu Hainau; der Secretär Wagner zu Liegnitz an das Kreisgericht zu Löwenberg. — Ausgeschieden: Der Referendar Salomon zu Götting beaufs seines Uebertritts in das Departement des Appellations-Gerichts zu Frankfurt a. O.

[Personalien.] Ernannt: der Gerichts-Assessor Volkmann zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte in Brandenburg mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Rathenow, die Referendarien Rendschmidt und Hold 1. zu Gerichts-Assessoren, der Rechts-Candidat Franz Hoffmann zum Referendar, der Kreisgerichts-Rath Reich zum Bureau-Assistenten bei dem Kreisgerichte in Beuthen mit der Function bei den Gerichts-Commissionen in Rathenow. — Verlegt: der Kreisgerichts-Director Schmidt als in Witom an das Kreisgericht in Oppeln, der Kreisrichter Ang in Beuthen an das Kreisgericht in Sagen, der Referendar Dr. Löwenfeld in das Departement des Appellations-Gerichts zu Wiesbaden, der Referendar Epstein in das Departement des Appellations-Gerichts zu Breslau, der Referendar Klapper aus dem Departement des Appellationsgerichts zu Breslau in das Departement des App.-Ger. Ratibor, der Kanzlist Gutowski in Falkenberg an das Kreisgericht in Beuthen, der Kanzlist Ohlenhäger in Warendorf i. W. an das Kreisgericht in Oppeln, der Voten, Executor und Gefangenwärter Ulbrich in Ratibor an die Gerichts-Commission in Jiegenhals, der Voten, Executor und Gefangenwärter Kolbe in Jiegenhals als Voten und Executor an das Kreisgericht in Falkenberg, der Voten und Executor Kubitz in Arnswald an das Kreisgericht in Beuthen, der Voten und Executor Breich in Gleiwitz an das Kreisgericht in Leobisch, der Gefangenwärter Wiczorek in Ratibor an das Kreisgericht in Kosel. — Entlassen: der Referendar Malich in Folge seines Antrages, der Gerichts-Assessor Schneider in Folge Disciplinar-Erkenntnisses. — Pensionirt: der Voten und Executor Scheich und der Gefangenwärter Volk in Ratibor.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Juristische Section.

In der Versammlung am 8. d. Mts. hielt Regierungsrath La mpe einen Vortrag über die Rechtsgrundzüge bei der Besteuerung nach dem Einkommen, insbesondere im preussischen Staate. Der Inhalt dieses Vortrages war, kurz zusammengefaßt, etwa folgender:

Der Rechtsgrund für die Steuern überhaupt ergibt sich daraus, daß jede Gemeinschaft, welche Zwecke verfolgt, zu deren Erreichung Mittel notwendig sind, ihre Angehörigen zur Herbeischaffung dieser Mittel veranlassen muß. Der Staat als am höchsten stehende Gemeinschaft mit sehr erheblicher Mittel bedürfnisse zweien ist dazu ganz besonders genöthigt. Nur in seltenen Ausnahmefällen besitzt ein Staat die Mittel zu seinen Zwecken in schon vorhandenem Bestande. Regel ist, daß ein Theil der nöthigen Mittel aus vorhandenem Bestande, ein Theil aus Beiträgen der Staatsangehörigen beschafft wird. So ist es auch im preussischen Staate. Die Beiträge der Staatsangehörigen sind die Steuern.

Die Einteilung der Steuern in directe und indirecte trifft nicht genau zu. Die Annahme, daß indirecte Steuern eintheilen vom Besitzer einer Sache ausgeht, werden, um demselben beim Verlaufe der Sache wiedererstattet und schließlich indirect von demjenigen gezahlt zu werden, welcher die Sache, weil er sie verbraucht, zuletzt in Besitz hat, ist nicht immer richtig. Umgekehrt nennt man unter anderen die Gewerbesteuer eine directe, obgleich der Gewerbetreibende beabsichtigt, sie sich von seinen Kunden wiedererstattet zu lassen, und also auch diese Steuer indirect getragen werden soll.

Die einzige wirklich directe, jedem einzelnen Staatsangehörigen zur Tragung von ihm selbst auferlegte Steuer ist die nach dem Einkommen vertheilte, die sogenannte Einkommensteuer.

Wie der Staat zu seinen Zwecken Mittel gebraucht, so gebraucht jeder Einzelne zu seinen Zwecken Mittel. Die Mittel des Einzelnen aber, die Gesamtheit aller Dinge, Werthe und nach Werth anzuschlagenden Verhältnisse, mit welchen der Einzelne zunächst seine Existenz hat, also den ganzen Kampf um sein materielles Dasein führt; mit welchen er nach den notwendigen auch die nicht notwendigen Zwecke verfolgt, seinen geistigen Bedürfnissen genügt, die Unnehmlichkeiten des Lebens sich verschafft: das ist sein Einkommen. Die Steuer nach dem Einkommen ist also die Beitragsleistung jedes Einzelnen zu den dem Staate nöthigen Mitteln nach seinen eigenen Mitteln.

Sehr gewöhnlich sind die Irrthümer, Einkommen mit dem Ertrübrigten oder Ersparten, Einkommen mit Geld, Einkommen mit Vermögen zu verwechseln.

Zu erübrigen und zu ersparen, ist nicht allen Staatsangehörigen möglich, ist auch nicht einmal aller Staatsangehörigen Absicht. Nur vom Ertrübrigten, also auch nur von denjenigen, welche erübrigen, Beiträge an den Staat zu fordern, wäre nicht gerecht, würde auch nicht zu dem Ziele führen, dem Staate die nöthigen Mittel zu beschaffen.

Geld ist nur ein Zeichen für einen Werth, hat möglicherweise, wie das Papiergeld, selbst gar keinen Werth. Es ist das Zahlungsmittel zur Uebertragung von Werthen. Es hat ganz gewöhnlich den Zweck, die Lebensbedürfnisse und die anderen Dinge und Verhältnisse sich für den Werth, welchen es hat oder nur bedeutet, zu verschaffen. Wer aber anderweit die nöthigen Dinge und Verhältnisse bezieht, gebraucht des Geldes nicht. Wer also seine Nahrungsmitel aus seinem eigenen Grundbesitz bezieht, oder wer sie geliefert erhält; wer in seinem eigenen Hause wohnt, oder wer Wohnung eingeräumt erhält, ist nicht veranlaßt, dafür Geld zu verwenden. Gleichwohl hat er den Bezug der Nahrungsmitel und der Wohnung als notwendiger Existenzmittel und als Einkommen. Es würde nicht gerecht sein, anders zu sagen und also zwei Personen, von welchen die eine für ihre Arbeit Wohnung und Unterhalt erhält, die andere aber Geld bekommt, um sich dafür Beides selbst zu beschaffen, nicht in gleicher Weise zu behandeln, wenn es sich um ihre Beiträge zu den Mitteln des Staates nach ihren eigenen Mitteln und also nach ihrem Einkommen handelt.

Vermögen ist dasjenige, was an Dingen schon erübrigt ist und, im Gegenfalle vom Entstehen schon besteht. Man hat sich das Einkommen als ein aus einer Quelle hervorprudelndes Vermögen zu denken, von welchem man jederzeit einen Theil nehmen kann, ohne das Weiterfließen der Quelle zu hindern. Das Vorwegnehmen eines sehr kleinen Theils beim Entstehen des Vermögens, noch ehe es eigentlich Vermögen geworden ist, also in der Art, daß es dem Einzelnen so wenig wie möglich bemerkt ist, weil derselbe aus der ungehindert fortfließenden Quelle sogleich wieder anderes Vermögen erwirbt, das ist, was bei Besteuerung nach dem Einkommen beabsichtigt wird. Dem Nothwendigen, daß der Staat von seinen Angehörigen Mittel beziehen muß, kann man nicht abhelfen, aber möglichst gering kann man die Last

machen, jede weitere Entziehung, als die durchaus untermeldliche und vollständig dauernde Benachtheiligung kann man vermeiden. So ist es gerecht und so geschieht es bei der Besteuerung nach dem Einkommen.

Nun aber ist es außerordentlich schwierig, das Einkommen der Einzelnen zu ermitteln. Auch nach dem gegebenen Begriffe des Einkommens, also auch dann, wenn nicht das Ersparte und nicht das Geld gemeint ist, ist diese Schwierigkeit eine sehr große. Bietet die Gerechtigkeit der Steuer nach dem Einkommen eine helle Lichtseite, so ist dieses eine um so tiefere Schattenseite.

Denn selbst angeben will Niemand sein Einkommen. Die Meisten können es nicht einmal, weil sie ihre Bezüge, welche nicht in Geld bestehen, vollständig zu übersehen und nach Geldwerth abzuschätzen, selbst außer Stande sind. Zwangsmittel anzuwenden, wäre gegen die zuletzt Erwähnten nicht einmal möglich. Den Uebrigen würde dadurch ein viel größerer Schaden zugefügt werden, als die zu zahlende Steuer betragen würde. Dasselbe würde bei einer Erforschung in der Art der Fall sein, wie sie die Stadt z. B. bei Erforschung von Verbrechen und andern strafbaren Handlungen eintreten lassen muß.

Es giebt nur zwei Mittel zur Abhilfe, welche sich mit dem Rechtsgefühl vereinigen lassen. Das eine ist: von Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer ganz abzusehen, also die übrigen hergebrachten Steuern trotz ihrer Mängel und Unvollkommenheiten zum größten Theile beizubehalten, die Mängel aber so viel als irgend möglich auszugleichen. Das andere Mittel ist: wegen nicht zu ermittelnder wirklicher Wahrheit nach bestimmten Formen die Wahrheit nur in soweit ermitteln zu lassen, als es ohne Nachtheile für die Einzelnen möglich ist, und das Ermittelte als die Wahrheit anzunehmen. Von beiden Mitteln wird bei uns Gebrauch gemacht.

Bei der preussischen Klassensteuer, welcher alle Haushaltungen und die außerhalb einer Haushaltung für sich allein stehenden Personen unterliegen, wenn sie mindestens 420 Mark und nicht mehr als 3000 Mark Einkommen im Jahre haben, während für diejenigen mit mehr als 3000 Mark Jahres-einkommen die classifizierte Einkommensteuer bestimmt ist, sind die Formen, mit welchen man sich der Wahrheit so viel als möglich nähert, folgende:

Es macht zunächst der Gemeindevorstand, in Gutsbezirken außerhalb des Gemeindevorstandes der Gutsbesitzer, nach allen ihm zu Gebote stehenden und ohne Befragung des Einzelnen einzuziehenden Nachrichten einen Vorschlag über den Einkommensbetrag jedes Einwohners. Diesen Vorschlag prüft eine von der Gemeindevertretung gewählte Commission. Nach nochmaliger Prüfung beim Landrathe oder Magistrat wird zum Kreise gehöriger Städte fest endlich die Bezirksregierung den Betrag vorläufig fest, aber nicht ohne der Commission vor etwa beabsichtigter Erhöhung noch einmal Gehör zu geben.

Hierauf wird das Verzeichniß, welches den Namen Rolle führt, öffentlich ausgeteilt und jeder etwa nicht Einberufene aufgefordert, seine Gegen-vorstellung — Reclamation genannt — binnen zwei Monaten einzureichen. Geschieht dieses, so wird wieder die erwählte Commission und noch eine andere, von der Vertretung des ganzen Kreises gewählte Commission gefragt und entweder nach dem Beschlusse dieser letzteren entschieden, oder die Entscheidung noch einer dritten, für den ganzen Regierungsbezirk von der Provinzialvertretung gewählten Commission eingeholt.

Auch damit braucht der Steuerpflichtige sich noch nicht zufrieden zu stellen. Er kann binnen vier Wochen nochmals eine Vorstellung — Recurs genannt — einreichen, über welche das Finanz-Ministerium zu entscheiden hat. Damit er um so schneller Bescheid erhält, ist vorgeschrieben, daß er jede seiner Vorstellungen an den Landrath, in Städten außerhalb eines Kreises an den Magistrat, senden soll.

Bei der classifizierten Einkommensteuer steht zuerst die zu diesem Zwecke von der Kreisvertretung besonders gewählte Commission fest und kann der Steuerpflichtige zweierlei Gegenvorstellungen machen: binnen 6 Wochen eine sogenannte Demonstration zu nochmaliger Entscheidung derselben Kreis-Commission, binnen 3 Monaten eine Reclamation zur Entscheidung durch dieselbe Bezirkscommission, welche bei der Klassensteuer erwähnt ist.

Nach allen diesen Formen steht dann das Einkommen eines jeden Steuerpflichtigen für ein Steuerjahr — das nächste erstreckt sich vom 1. April 1877 bis zum 31. März 1878 — fest. Wer aber in Folge Unglücksfalls oder sonst unverschuldet im Laufe des Steuerjahres eine Einkommensquelle verliert, kann um Erlass bitten, aber bei der classifizierten Einkommensteuer nur nach Verlust von mehr als einem Viertel der bisherigen Bezüge.

Eigenthümlich ist die allgemeine Uebung nicht nur gegen das Steuerzahlen, sondern auch gegen jede Befreiung bei den für den Staat und für den Einzelnen so wichtigen Steuerangelegenheiten. Eigenthümlich ist auch ein sehr starrs Festhalten an alten Bestimmungen, alten Gewohnheiten und sogar an alten Namen in Steuerfachen. So ist z. B. der Name Klassensteuer jetzt unrichtig. Auch Einkommensteuer sagt man nicht ganz mit Recht, weil vom Einkommen alle Steuern schließlich erfolgen. Die sogenannte Klassen- und die sogenannte classifizierte Einkommensteuer sind Steuern nach dem Einkommen.

m. Sprottau, 12. Nov. [Kreistag. — Wahl.] Der nächste Kreistag, für dessen Abhaltung der 30. November festgesetzt ist, wird sich hauptsächlich mit Chausseebau-Angelegenheiten beschäftigen und zwar mit den eingehenderen Beschlüssen über den Bau einer Chaussee a. von Sprottau nach Brimkenau und b. einer solchen von Sprottau nach Bahnhof Mallmig. Für ersteres Project, dessen Kosten auf 240,000 Mark veranschlagt sind, haben freiwillige Beiträge an Geld oder Materialien zugefügt die Communen Sprottau und Brimkenau, die Herrschaft Brimkenau und Herr Fabrikbesitzer Neumann hieselbst, letzterer wegen seiner bei Petersdorf gelegenen Dampfschneidemühle. Bezüglich der Chaussee nach Mallmig, deren Kosten 124,687 M. betragen, ist Seitens des Kreis-Ausschusses die Linie über Culau vorgeschlagen und haben für diesen Fall die 3 Gemeinden Culau's, die Herrschaft Mallmig, das Directorium der Wilhelmshütte und der Besitzer des Mallmiger Hüttenwerkes, Herr Commerzienrath Schlittgen daselbst, zu Beiträgen sich verpflichtet. Die bezeichneten Baukosten sollen, soweit sie nicht durch Provinzial-Prämie und freiwillige Beiträge aufgebracht sind, durch eine Anleihe gedeckt werden, welche durch Emission von auf den Inhaber lautenden 4 1/2 procentigen Kreis-Obligationen zu negociiren und jährlich mit 1 pCt. des Capitals unter Zuwachs der Zinsen von den geistlichen Schuldverschreibungen zu amortisiren ist. — Gestern wurden in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten die Herren Bürgermeister Schenckemeyer, Kaufmann Ollendorff und Mühlenbesitzer Joachim zu Kreistagsmitgliedern wiedergewählt.

o. Reisse, 12. Nov. [Dem Tode entronnen. — Selbstmordversuch.] Ein dreijähriges Mädchen vergnügte sich und seine älteren Geschwister damit, daß es sich zwischen die Doppelfenster der ersten Etage Wohnung zwängte, wobei ein wahrscheinlich nicht auf zugeworfener Flügel des äußeren Fensters sich öffnete und das Kind drei Stock hoch in den Hof hinabstürzte. Zum Glück fiel es auf einen Schneebau, so daß der herzugeworfene Arzt den zum Tode erschrockenen Eltern versichern konnte, das Kind sei völlig unverletzt. — Gestern Abend schoß sich ein Soldat der hiesigen Garnison in der Absicht, sich zu tödten, eine Platzpatrone durch den Mund, erreichte jedoch seinen Zweck zunächst nicht, verlegte sich aber derart, daß an seinem Aufkommen zu zweifeln ist.

o. Deuthen D.S., 12. Nov. [Zur Tageschronik.] Nach den Vorberathungen des städtischen Special-Erats pro 1877 sind die Ueberhölle aus der Grubenlaffe auf 56,000 M. und aus der Forstlaffe auf 38,000 M. veranschlagt. Bei der ersten Ueberhölle dieser Ueberhölle diejenigen des laufenden Jahres um 400 M. wegen der Gewinn aus dem Forsteigentum eine Reduction von 7000 M. gegen das Vorjahr erfährt. Den Einnahmen bei dem Schulen-Erat mit 10,720 M. stehen 90,600 M. in Ausgabe gegenüber, so daß ein Zuschuß von 79,880 M. erforderlich ist. Weitere Zuschüsse sind für den Armen-Erat mit 12,100 M., für den Gymnasial-Erat mit 12,710 M., für das Wasserhebewerk mit 6,650 M., für das Waisenhaus mit 4,380 M., für das Hospital mit 304 M. vorausgesehen, während der Etat für das Krankenhaus diesmal mit 22,100 M. in Einnahme und Ausgabe balancirt. Zu der Einnahme bei dem Gymnasial-Erat mit M. 49,190, ist bemerkenswerth, daß das Schulgeld jetzt für Einheimische jährlich 72 M. und für Auswärtige 90 M. und zwar in allen Klassen beträgt. Es hat dabei gegen früher eine Erhöhung des Schulgeldes stattgefunden, bezüglich deren die Befürchtung laut wurde, daß sich die Zahl der von auswärtigen kommenden Schüler vermindern könnte. Nach den in der Stadtverordneten-Sitzung vom 8. v. Seitens des Magistrats gemachten Mittheilungen sind indeß nach dieser Richtung hin Nachtheile für das Gymnasium nicht zu erwarten, weil in den Gymnasien der Nachbarstädte noch höhere Schulgelder erhoben werden. — In einem der letzten Wochenmärkte ist einmal eine unerwartete polizeiliche Revision von Maß und Gewichten der Verkäufer vorgenommen und sind dem Vernehmen nach bei nicht weniger als 14 Gewerbetreibenden falsche Maße und Gewichte confiscirt worden. Der Umstand, daß diese 14 Contrabandanten sämmtlich von auswärtigen sind, während bei den einheimischen Händlern nichts Gesehndes vorgefunden wurde, mahnt zur erneuten Verzicht bei Einfäusen und giebt zu dem Wunsche Veranlassung, solche Revisionen doch öfter vorzunehmen und dieselben auch auf die zum Verkauf gestellten Gegenstände selbst auszudehnen. Wir müssen immer wieder

darauf hinweisen, daß wir z. B. der obligatorischen Fleischbeschau noch entbehren, und daß keine Maßgabe bekannt ist, welche grade hier die absolute Unmöglichkeit der Einführung derselben nachweist. — Mit Bezug auf die Abänderung des fälligen Jahres werden die Communal- u. s. w. sowie auch die Gewerbesteuer, nach der bisherigen Veranlagung bis Ende März künftigen Jahres fortgehoben werden. Dasselbe geschieht bei dem auf die Gewerbesteuer-Veranlagung bahrenden städtischen Wasserzins. Nur für die Jorenen und juristischen Personen wird eine neue Communalsteuer-Veranlagung schon vom 1. Januar t. J. an stattfinden. Das städtische Etat- und Rechnungsjahr soll, wie bereits mitgeteilt, in Uebereinstimmung mit dem Kalenderjahre beibehalten bleiben. Die hier so zahlreichen Kreisgerichtsbeamten haben sich mit Beginn der Winterferien zu einer schon seit längerer Zeit projectirten „Beamtens-Resourse“ vereinigt. Die Ressource zählt bereits über 40 Mitglieder nebst deren Familien und wird zuverlässig weiter wachsen, zumal auch Beamten anderer Behörden die Mitgliedschaft offen steht. Die erste Leitung liegt in den Händen des Herrn Depositalkassen-Rendant Fischel. Das Vereinslocal ist zur Zeit bei Halberstädter; die regelmäßigen Ressourcen-Tage sind Sonnabends.

○ Lipine, 13. Novbr. [Besuchung. — Vacanz. — Projectirte Schulenverbindung.] Endlich ist wieder begründete Hoffnung auf Besetzung der seit dem 1. Juli c. vacanten Lehrstelle an hiesiger Sitten-Knappschütz-Simultanische vorhanden. Fräulein Buchwald, die am 1ten October c. ihre Stellung an genannter Schule aufgegeben hatte und seit dieser Zeit an einer Privat-Mädchenschule zu Woslowitz wirkt, hat sich dem an. Patron, der Schles. Actien-Gesellschaft für Bergbau und Zinkhütten-Vertrieb, wieder zur Disposition gestellt und wird, falls nicht schon früher, so doch gewiß den 2. Januar 1877 ihre Thätigkeit zum zweiten Male hier selbst beginnen. Mit der Anstellung dieser dritten Lehrerin wird gleichzeitig ein Klassen- resp. Lehrerwechsel einzelner Klassen eintreten müssen, da für die fünfte Knabenklasse eine Lehrkraft fehlt. — An unserer Gemeindefschule sind nunmehr, da Lehrer Brundin nach Drzgowie vertrieben worden ist, schon zwei Lehrerstellen vacant, so daß über 600 Kinder von nur 3 Lehrern unterrichtet werden. — Der Mittheilung einer maßgebenden Person zufolge beabsichtigt die Schles. Actien-Gesellschaft die Sitten-Knappschütz-Simultanische mit der Gemeindefschule zu vereinigen resp. ihre Patronatsrechte und Pflichten über erstere der Gemeinde zu überlassen. Der Grund dieses Projectes mag wohl darin zu suchen sein, daß auf eine Beschränkung der hiesigen Commune der Kreis-Ausschuß den Gutsbezirk Chropaczow (Schlesische Actien-Gesellschaft) verpflichtet hat, für die in genannten Bezirk gehörenden Colonien: Kapanina, Martinischacht und Eisenbahn-Colonie, deren der Sitten-Knappschütz nicht angehörigen Bewohnern ein Benutzungsrecht der Knappschützschule nicht zusteht und die deshalb die bezw. Kinder zur Gemeindefschule geschickt werden müssen, zur Unterhaltung letzterer eine namhafte Summe beizutragen und dieses Erkenntniß trotz erhobenen Protestes von den hohen Staatsbehörden bestätigt worden ist.

○ Königsbütte, 13. Nov. [Verschiedenes.] Unsere Bürgerfchaft steht abermals vor einem Wahlact. Es soll nämlich die Zahl der Stadtbürger ergänzt, beziehungsweise event. von 30 auf 36 erhöht werden. Die Bürger der 3. Klasse sind für den 27. d. und die 1. und 2. für den darauf folgenden Tag zur Wahl eingeladen. — In dem Vorstand des hiesigen existirenden Vorschuss- und Spar-Kassen-Vereins ist infolge einer Aenderung vorgekommen, als an Stelle des vor einigen Tagen urplötzlich verschwundenen Kaufmanns A. der Kammerer Herr Lich gewählt worden ist. Zur Verabfolgung der Interessenten macht qu. Vereins-Vorstand bekannt, daß der Verein keine Schädigung erfahren habe.

r. Roslau, 13. Nov. [Bürgerverein.] Auf Anregung einzelner Bürger fand gestern bei Roslau eine Versammlung statt, welche die Gründung eines Bürgervereins zum Zweck hatte. Sammelnde Anwesenheit erklärten sich auch sofort zum definitiven Beitritt bereit, und gelangten demnach die schon vorher ausgearbeiteten Statuten zur Verlesung und wurden mit einigen Modificationen von der Versammlung acceptirt. Sodann wurde ein Vorstand und ein Ausschuß von 5 Mitgliedern gewählt, welcher ergänzend die Interna und Externa des Vereins leiten soll. Die Versammlungen finden von 14 zu 14 Tagen an jedem Mittwoch statt und sollen an diesen Abenden communale und andere Angelegenheiten zur Sprache kommen.

—gr. Rattowitz, 12. Novbr. [Reichstreuer Wahlverein.] Wie früher mitgeteilt, wurde bei Gelegenheit der ersten Wahlversammlung der Beschluß gefaßt, einen Wahlverein der reichstreuen Partei im Kreise Rattowitz zu gründen. Nachdem die Statuten von dem dazu provisorisch gewählten Wahlcomité ausgearbeitet waren, fand heute eine Versammlung reichstreuer Männer im Saale des Hotel de Prusse statt, zum Zwecke der Statutenberatung und weiterer Organisation des Vereins. Nach lebhaften Debatten wurden die Statuten in folgender Form angenommen: 1) Zweck des Vereins ist Agitation zur Erreichung reichstreuer Wahlen für den Reichstag und das Abgeordnetenhaus. 2) Mitglied kann jeder reichstreue, großjährige und unbescholtene Mann werden. 3) Bedingung ist die Mitgliedschaft durch einen fortlaufenden monatlichen Beitrag von mindestens 25 Pfg. 4) Der Verein wählt in einer alljährlich im October stattfindenden Generalversammlung einen Vorstand von 9 Mann, von denen 5 in oder dicht bei Rattowitz wohnen müssen, 5) Der Vorstand muß jedes Vierteljahr eine Generalversammlung berufen; die Einladung erfolgt durch die im Kreise erscheinenden reichstreuen Zeitungen und das Reichsblatt, dem Vorstande bleibt es aber außerdem überlassen, sich nach anderer Zeitungen zur Infektion zu bedienen. 6) Der Vorstand hat das Recht, Mitglieder, welche gegen den Inhalt von §§ 2—3 verstoßen, aus dem Verein auszuschließen. — Nach Feststellung der Statuten wurde sofort zur Wahl eines provisorischen Vorstandes geschritten und zwar wurden in denselben gewählt: Herr Bürgermeister Ruppe 11, Herr Sanitätsrath Dr. Holke, Herr Gymnasialdirector Dr. Müller, Herr Regierungsrath und Vergrath Urban, Hr. Dr. med. Löbinger und Hr. Vergrath Maude. Der Verein constituirte sich noch an demselben Tage, indem sich ca. 50 anwesende Herren als Mitglieder in die ausgelegte Liste einschrieben. Hoffentlich ist die Wirksamkeit des reichstreuen Wahlvereins im Kreise Rattowitz eine ebenso segensreiche, als seine Existenz gegenüber den Agitationen gegnerischerseits eine dringend notwendige ist. Durch Wort und Schrift, durch Vorträge und Flugblätter will derselbe auf die Masse wirken, dazu braucht der Verein aber Geldmittel, und es wird Pflicht der Begüterten sein, auch Opfer zu bringen, falls die monatlichen Beiträge nicht ausreichen sollten.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Der hiesige „Anzeiger“ schreibt: Die gemeldete Entdeckung einer Münzfabrik in Görlitz und die bereits erfolgte Verhaftung einer der beteiligten Personen beruht auf einem Irrthum Seitens des Verhafteten. Die ganze Sache kann vielmehr nur auf eine bloße Spielerei zurückgeführt werden, da die allerdings vorgefundenen und vorläufig mit Beschlagnahme belegten, zu Spielarten bestimmten Nachahmungen von Geldmünzen ein solch auffälliges Fabrikat auf „kleinen Geldstücken“ ist, durch welche wohl Niemand würde „getäuscht“ worden sein.

+ Ratibor. Der „Oberöhl. Anz.“ meldet: Prinz Ernst von Ratibor, der mit seinem Bruder Carl im herzoglichen Schlosse wohnt und das hiesige Gymnasium besucht, feierte am Freitag seinen neunzehnjährigen Geburtstag. Seine Mutter, die Herzogin von Ratibor, war aus Anlaß dieser Feierlichkeit von Schles. Rauben hergekommen.

△ Ples. Dem „Oberöhl. Anz.“ schreibt man von hier unterm 11. Nov.: Seit gestern schneit es ohne Unterlaß und heute liegt der Schnee fußhoch. Wir sind vollständig eingewintert und die Kälte wird dem Schnee ungewöhnlich bald folgen. Dieser plötzliche Eintritt ungünstiger Witterung wirkt störend und erschwerend auf die Vorbereitungen, welche zum Empfange des Kaisers und Kronprinzen gemacht werden. Seit gestern ist man mit dem Aufstellen von 116 mit Tannenzweigen umwundenen Baumstämmen beschäftigt, welche vom Anfang der poln. Straße bis an das Ende der deutschen Vorstadt in einer Entfernung von 15 zu 15 Schritt gesetzt werden. 5400 Fuß Kränze werden zu Festons gewunden, welche von einem dieser Baumstämme zum andern angebracht werden. Das Rathaus wird in geschmackvoller Weise ausgeschmückt und es haben in Folge dessen zwei der vor demselben seit vielen Jahren stehende Kastanienbäume fallen müssen. Wenn das Wetter sich nicht günstiger gestaltet, so ist es mehr als zweifelhaft, daß der Kaiser zu den Tagen hierher kommen wird. Jedenfalls aber kommt, wie von höchster Stelle bereits mitgeteilt worden, der Kronprinz und an den beschlossenen Festlichkeiten wird Nichts geändert werden. Ein Festprogramm wird jedoch erst in den nächsten Tagen festgestellt.

Bunzlau. Ein Concert, wie das der Knauer'schen Gesangs-Schülerinnen, zählt wohl in der Provinz zu den seltensten. Soviel uns bekannt, existieren in Schlesien außer diesem Institute nur wenige derartige. Sieht man bei solchen Concerten nicht allein auf die Leistungen, sondern auch einmal hinter die Coulissen, so gewinnt die Ueberzeugung Raum, daß nicht bloß von Seiten des Meisters viel Geschick, sondern auch von Seiten der Sangerinnen viel Eifer und Fleiß dazu gehört, um solche Aufführungen zu ermöglichen. Die freudige Anerkennung dieses edlen Strebens fand ihren

berechten Ausdruck in dem zahlreich gefüllten Zuschauerraum und dem öftern wohlverdienten Applaus. Das Interessante liegt ja in diesem Falle auch in der Beobachtung, daß die vorgetragenen Vocien von Sangerinnen verschiedener Ausbildungsgrade executirt wurden und trotz dessen, vom einfachen Kinderliedchen an bis hinauf zu der schwierigen Overtüre die Ausführungen als wohlgeklungene zu bezeichnen sind. Alle Concertbesucher sind dem Herrn Unternehmern wie den Mitwirkenden für den schönen Genuß zu Danke verpflichtet, um so mehr, als sie damit zugleich das beseligende Gefühl haben konnten, ein Scherlein der Wohltätigkeit dargebracht zu haben.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Köln, 13. Novbr. Die „Köln. Ztg.“ enthält nachstehende, von den Ministern Depretis, Mancini, Nicotera und Mezzacapo unterzeichnete Immediateingabe an den König: „Sire! Die Functionen des Cardinal-Camerlengo der heiligen Kirche entwickelten sich in den Jahrhunderten, welche der Wiederherstellung des apostolischen Stuhles in Rom folgten, bis zum Jahre 1846, und nahmen in dem Mechanismus der römischen Regierung besondere und unabhängige Form an. Unter Pius IX. bis zu den von diesem Papste eingeführten Neuerungen stand der Cardinal-Camerlengo allen Zweigen der ökonomischen und politischen Verwaltung des Staates vor und wurde dafür von dem Tribunale und Collegium der Cleriker der Camera entschädigt. Während der Sedisvacanz concentrirte sich in seinen Händen und dem Tribunale und Collegium die oberste Gewalt in politisch administrativer Verwaltung über die Stadt Rom und die Provinzen, welche das weltliche Patrimonium der katholischen Kirche bildeten. Zu den Amtsattributen des Cardinal-Camerlengo gehörte sodann auch alles auf Constatirung des Hinscheidens des Papstes Bezügliche, sowie die Sicherstellung der Correspondenz und alles desjenigen, was auf die Person des Papstes oder der von dem Verstorbenen bewohnten Räume Beziehung hatte. In Anbetracht, daß ein derartiger Act ausschließlich politischer und administrativer Natur ist, da es sich dabei handelt, die Authenticität des legitimen Nachlasses des Staatsoberhauptes zu constatiren, sowie Documente und Vermögen des heiligen Stuhles oder der Krone zu bewahren und auch zu veranlassen, daß diese nicht mit privatem oder persönlichem Eigentum des verstorbenen Papstes vermengt werden; in Anbetracht, daß Sw. Majestät Regierung in dieser Hinsicht nothwendiger Weise Erbe und Nachfolger der Attributionen des obgenannten Cardinal-Camerlengo ist, um Schutz und Billigkeit zu sichern; in Rücksicht auf den Geist des Garantiegesetzes, auf die thatsächlichen Zustände Roms und die Interessen der Katholiken gegenüber dem heiligen Stuhle, in Zeugenschaft der Sorgfalt von Sw. Majestät Regierung für Alles, was zum Decorum und Eigenthum des heiligen Stuhles während des Zwischenreiches gehört, haben die Unterfertigten die Ehre, Sw. Majestät folgende Maßregeln zur Genehmigung zu unterbreiten: 1) Der Kriegsminister hat dem Befehlshaber der Jägerbataillone in Rom Instructionen zu ertheilen, daß, sobald der Tod des Papstes officiell bekannt geworden, dieser die Verantwortung übernehme, das äußere Circuitum des Vaticanus und dessen Umgebung zu überwachen und sich hinsichtlich jeden Zwischenfalles mit den öffentlichen Sicherheitsbehörden ins Einverständnis zu setzen. 2) Sobald der Tod des Papstes mit Sicherheit vernommen, soll der Präfect von Rom den Cardinal-Camerlengo, den Majordomus und den Maestro di Camera des Papstes sowie zwei der päpstlichen Aerzte und die zwei Secretäre der Camera einladen, ihm bei der Todtenbeschauung und zur Durchführung der vormalig bestehenden Formalitäten beizustehen. 3) Vorausgesetzt, daß eine Weigerung erfolgt, soll der Präfect in Begleitung des Quästors, des Provinzial- und Gemeinde-Arztes, sowie mit zwei Notaren und vier Zeugen in den Vatican und bis in die Gemächer, welche der Papst bewohnt, dringen, selbst wenn er Widerstand fände. 4) Nach der Todtenschau soll der Präfect den Ring (del pescatore) in Besitz nehmen und denselben an den Cardinal-Dean gleichzeitig mit dem Protokoll der Todtenschau senden. 5) Inzwischen sollen beide Notare an alle Möbel, welche sich in den Gemächern des Papstes befinden, Siegel legen. 6) Der Quästor von Rom soll für die innere Ordnung im Vatican verantwortlich sein und deshalb die ihm nothwendig erscheinenden Maßregeln ergreifen, er soll ein genaues Verzeichniß über alle im Vatican wohnenden Personen aufnehmen. 7) Der Cardinal-Erzpriester von St. Peter soll verständigt werden, daß nach 24 Stunden der Leichnam des Papstes dem Clerus der Basilica für das übliche Leichenbegängniß zur Verfügung steht. 8) Sobald der päpstliche Leichnam seine Gemächer verlassen hat, sollen die Notare wieder die Siegel abnehmen. 9) Ein vollständiges allgemeines Inventar soll über alle im Vatican und seinen Dependenz bestehenden Gegenstände aufgenommen werden.“ (Weiterer Ausführung der im Morgenblatt mitgetheilten Depesche.)

Wien, 13. Nov. Ueber die militärischen Maßnahmen der Pforte wird der „Politischen Correspondenz“ aus Konstantinopel gemeldet: Bei Erzerum wird eine Armee von 120,000 Mann concentrirt. Ein zweites Lager wird in Schumla errichtet, wohn die bei Nisch stehenden Corps, sowie 15,000 Mann von der Armee Dervisch Pascha dirigirt werden. Die täglich von den Armee-Corps in Yemen, Damaskus und Aleppo hier eintreffenden Bataillone werden sofort nach Schumla beordert. Die türkische Panzerflotte wird in vier Geschwader getheilt, wovon eines im Bosporus bleibt, ein zweites unter Gohar Pascha im Schwarzen Meere, zwei weitere im Mittelmeere kreuzen sollen.

Wien, 13. Novbr. Die „Neue Freie Presse“ erzählt, daß die Schwierigkeiten bezüglich der Feststellung der Demarcationslinie nunmehr beseitigt seien; Rußland habe seine Forderung, daß die Linie hinter die von den türkischen Truppen besetzt gehaltenen Positionen zurückverlegt und namentlich Alexinas von den Türken geräumt werde, fallen gelassen.

Wien, 13. Nov. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses vertheidigte der Minister des Innern den Statthalter von Dalmatien, Freiherrn v. Rodich, gegen mehrere ihm gemachte Vorwürfe und hob hierbei die vielfachen Verdienste hervor, welche sich derselbe um den Staat erworben habe. Der Minister erklärte, man dürfe Rodich keinen Vorwurf daraus machen, daß er als Slave slavische Gesinnungen hege; er, der Minister, könne nicht im Entferntesten der Befassung Glauben schenken, daß der Statthalter ein Mitglied der Omladina sei.

Rom, 13. Nov. Nach weiteren eingegangenen Meldungen stellt sich, gegenüber früheren Nachrichten, das Resultat der engeren Wahlen nunmehr so, daß 113 Candidaten der Fortschrittspartei und 27 Candidaten der gemäßigten Partei gewählt sind. Mordini ist in Luna und Menotti Garibaldi in Velletri gewählt worden.

Konstantinopel, 13. Nov. Die Journale melden: Die Pforte hat beschlossen, sich betreffs der Konferenz nicht auszusprechen, bevor nicht die zu verhandelnden Punkte genau bekannt sind.

Pera, 13. Nov. Die türkische Panzerflotte hat ihren Ankerplatz am goldenen Horn verlassen und ist in den Buchten des nördlichen Bosporus vor Anker gegangen. Mehrere englische Genieoffiziere sind hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Ragusa, 13. Nov. Betreffs der türkisch-montenegrinischen De-

marcationslinie bestehen ernste Differenzen. Montenegro beschuldigt Muthfar Pascha des Waffenstillstandsbruchs.

Malta, 13. Nov. Die Gemahlin des Prinzen Alfred von Großbritannien erhielt von ihrem Vater, dem Kaiser von Rußland, die Einladung, nach Petersburg zu kommen, angeblich, um der Taufeierlichkeit des jungen Prinzen beizuwohnen.

Handel, Industrie u.

Berlin, 13. November. Der gestrige Privatverkehr eröffnete in matter Stimmung, gewann dann aber in Folge starker Blasgedungen einen festeren Charakter. Creditactien 233—232 etwas bis 233,50, Lombarden 130—129, Franzosen 422—423—422,50, Bergisch-Märkische Eisenbahn 78, Köln-Minden 100,75—50, Rheinische 111,20 etw. bis 110,80—111, Galizier 84,50—83,50 bis 84,50, Rumänier 13,50, Disconto-Commandit 110,25—50—109,75 bis 110,25, Reichsbank 151 Gd., Darmstädter 101½ Br., Italiener 70—69,75 bis 69,85, Silberrente 53,50, Papierrente 49,75 etwas bis 50, Türken 9,10, 1860er Loose 95 bez. u. Gd., Laurahütte 69,10—60—50 bez. u. Br., 5proc. Russen ult. 81,25—75 etwas bis 81,50, do. Cassa 82,50, 71er kleine Cassa 82,75, 73er do. 84.

Hatten schon die Bank-Außerungen Disraelis betreffs der Kriegsbewertung die Börse beunruhigt, so mußten die kriegsbezüglichen Worte des Kaisers von Rußland noch energischer wirken. Und das thaten sie denn auch im gestrigen Privatverkehr in ziemlich ausgedehnter Weise. Heute trat dagegen schon wieder eine Art tüchtiger Auffassung der Drogen vor den Plan, und sie bewirkte, daß weitere Coursrückgänge unterblieben, gleichzeitig hier und da selbst Erholungen bemerkbar wurden, aber eine fast streng durchgeführte Enthaltsamkeit gegenüber größeren geschäftlichen Engagements blaggriff. Die internationalen Speculationspapiere verhielten sich sehr ruhig; anfänglich zogen sie etwas in den Courten an, konnten jedoch die höchste Notiz nicht bis zum Schluß behaupten. Deffter. Nebenbahn setzten ihr Coursniveau ca. um 1 pCt. herab und theilten sich auch nur wenig am Verkehr, nur Galizier gingen sehr lebhaft um und befestigten auch die Tendenz. Sie zogen gegen die gestrige Notiz nicht unbedeutend an, ohne aber den Sonabendcours erreichen zu können. In den localen Speculationseffekten entbehrte der Verkehr nicht aller Regsamkeit. Disconto-Comm.-Anth. waren wenn fest, für Dortmund Union trat trotz höherer Notierung einige Nachfrage auf. Disconto-Commandit 110,75, ult. 110,75—110,25—110,50, Dortmund Union 9,10, Laurahütte 69,75, ult. 69,75—70,10—69,75. Die auswärtigen Staatsanleihen erholten sich von ihren gestrigen Rückgängen, wurden indeß nur sehr mäßig umgeseht. Deffter. Renten-Loose, ebenso auch Italiener recht fest. Russische Werthe dagegen matt und gedrückt. 5proc. Anleihen per ultimo 82 bis 82½—81½, preussische und andere deutsche Staatspapiere sehr still; auch in Eisenbahn-Prioritäten war das Geschäft sehr geringfügig, russische Prioritäten trugen eine sehr schwache Haltung. Auf dem Eisenbahnactienmarkt war die Stimmung ebenfalls eher gedrückt. Für die rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen entwidelte sich zu den ermäßigten Notierungen eine ziemlich lebhafte Kauflust. Anhalter, Stettiner, Halberstädter, Oberschlesische nachgebend. Leichte Bahnen verhielten sich sehr still. Berlin-Dresdener, Weimar—Geraer einigermaßen belebt. Banclactien in ruhigem Verkehr. Börsenhandelsverein und Medlenburger Bodencredit anziehend. Für Nitterchaftliche Privatbank fehlten Abgeber. Spiritus etwas höher. Centralbank für Bauten zog im Course an. Centralbank für Industrie bei fester Haltung belebt, Berliner Handels-Gesellschaft ging reger um, büßte indeß etwas am Course ein, Deutsche Bank niedriger, aber recht lebhaft, Norddeutsche Grundcredit matter, Schlesische Bank weichen. Industrie-Papiere meist geschäftlos, Große Werthebahn matter, Glanzig Jüderabrit sehr fest und steigend, Leopoldshall chemische Fabrik besser, Alenderberger, Bodumer B. und Selbstentzunder anziehend, Alenderberger, Böhmer A. matt.

Um 2½ Uhr: Geschäftlos. Credit 234, Lombarden 130,00, Franzosen 425, Reichsbank 151,50, Disconto-Commandit 110,25, Dortmund Union 9,10, Laurahütte 70,00, Köln-Mindener 100,75, Rheinische 111,25, Bergische 78,25, Rumänien 13,75, Türken 9,25.

○ Paris, 11. Nov. [Börsenwoche.] Nach dem klaren Schluß der Vorwoche war mit Beginn der gegenwärtigen eine Besserung eingetreten; die Speculation gab sich wieder der Hoffnung auf das Gelingen der Friedens-Unterhandlungen hin und die Renten sowie die Effecten begannen aufs Neue in die Höhe zu gehen. Aber die Rede Disraelis hat zum Wochen-schluß einen vollständigen Stimmungswandel herbeigeführt, und die Börse stand heute unter dem Eindruck der trüblichen Ahnungen. Die 5proc. Rente verlor 45 Cts., die 3proc. 77½ Cts., die italienische Rente 80 Cts. gegen die höchsten Course der Woche, obgleich der heutige Schlusscours im Vergleich zu demjenigen des letzten Sonabend eine weit geringere Baasse repräsentirt. Einen Augenblick herrschte heute eine förmliche Panik, zumal als es hieß, daß Rußland in Amsterdam und Berlin ein Anleihen abgeschlossen und mehrere Armee-corps mobilisirt habe. Die Gassiers versuchten eine Weile gegen die Befürchtungen des Marktes zu reagiren, aber sie mußten die Segel streichen, als bekannt wurde, daß das Haus Rothschild und andere angesehene Häuser stark verlaufen. Auch die Effecten schloßen sämtlich en baissi gegen die hohen Wochen-Course; nur Egypter erhielten sich fest auf die Nachricht, daß der Kheive seinen Finanzminister habe verhaften lassen. Man sah darin den Beweis von der Annahme der französisch-englischen Reformpläne.

Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat October 1876 betragen (provisorisch ermittelt): 1) aus dem Personen-Verkehr 137,290 Mark 2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr 423,685 „ 3) Extraordinaria 32,668 „

Summa pro October 593,643 Mark. Die Einnahme pro October 1875 beträgt (definitiv festgestellt) 586,727 „

Mithin pro 1876 mehr 6,916 Mark. Einnahme bis Ende October 1876 5,095,625 Mark „ „ „ 1875 5,127,948 „

Mithin pro 1876 weniger 32,323 Mark.

Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat October 1876 betragen (provisorisch ermittelt): 1) aus dem Personen-Verkehr 111,536 Mark 2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr 235,888 „ 3) aus dem Extraordinarium 14,096 „

Summa pro October 361,520 Mark. Die Einnahme pro October 1875 beträgt (definitiv festgestellt) 327,395 „

Mithin pro 1876 mehr 34,125 Mark. Einnahme bis Ende October 1876 3,329,041 „ „ „ „ 1875 3,228,345 „

Mithin pro 1876 mehr 100,696 Mark.

Frankfurt a. M., 11. Nov. [Mehrbereicht.] Rohe Säute und Zelle. Die Zufuhren hierin waren sehr gering. Es befanden sich am Tage circa 8000 Kallbelle, 10,000 Schaffelle, 1500 Rindhäute und 1000 Kahlhäute. — Kallbelle wurden von Händlern aus Frankfurt a. M. schnell geräumt, und wurden für Prima-Zelle 1,40—1,50, für leichtere 1,25—1,35 per Pfund bezahlt. Rindhäute erzielten 66—75 M. pr. Centner. Kahlhäute waren in guter Waare wenig zu haben und der Preis stellte sich von 115—140 Mark per Deder. Schaffelle mit Klauen wurden größtentheils nach Kirchhain und an Berliner Händler mit 42 M. pr. Ctr. verkauft. Kahlbelle brachten in guter Waare 187,50—195 M. Kahlballe hatten gute Nachfrage und man zahlte für Prima 145 M., für Secunda 125 M. pr. Centner. Wachs 1,35 bis 1,40 Pf. per Pfund. Borsten waren sehr wenig am Plaze und was davon vorhanden, wurde Alles verkauft, per Pfund mit 8—10 Sgr. Julius Kornid.

Middlesbro-on-Tees, 7. Novbr. [Eisenbericht von C. E. Muller, vertreten durch M. J. Ulrich in Breslau.] Unser heutiger Rohisenmarkt war wieder um Vieles besser in der Stimmung. Die Verhischungen während der letzten Monate waren wieder sehr stark und eine Abnahme der Vorräthe von 5,132 Tons zu verzeichnen, während die Production um 8,077 Tons größer war. Trotz der schlechten Zeiten und der erhöhten Production unseres Districtes geht unser Rohisen ab, was für die Zukunft sehr ermunternd ist.

Unsere Hochofenbesitzer werden daher mit Preisen nicht allein von Tag zu Tag fester, sondern auch abgeneigter, für spätere Lieferung zu verkaufen. Für prompte Lieferung wurde heute abgegeben: Nr. 1 a 50 Sh., Nr. 3 a 46 Sh. 6 D., Nr. 4 a 44 Sh. Es war ziemlich viel Nachfrage für Lieferung zu Anfang des nächsten Jahres zu 6 per Ton mehr. Käufer blieben indeß unterjocht. Schiffplatten und anderes Eisen für Schiffs- und Brückenbau blieben

defecter neuer russ. — M. ab Bahn bez., per Frühjahr 162—163 bi
162½ Mark bez., per Mai-Juni 161—161½—161 Mark bez., per October